

Geheimtimal... mit Hilfe... (Small text block containing publication details and subscription information)

Verlagssort: Dresden... (Small text block containing publisher information and contact details)

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Verlagsstelle, Druck-Verlag: Hermann H. A. ... (Small text block containing address and contact information)

Verhalten des Sächsischen Volksvertretung ... (Small text block containing information about the newspaper's status)

Die Wahlen in Hessen

Eine wichtige Entscheidung am Sonntag — Brüning spricht in Mainz

Am kommenden Sonntag findet in Hessen die Neuwahl des Landtages statt, und es ist keine Prophezeiung, wenn man sagt, daß diese Wahlen das Gesicht des Landes sehr stark verändern werden. Der alte Landtag war am 13. November 1927 gewählt worden und hat nach vierjähriger Legislaturperiode sein natürliches Ende gefunden. In diesen vier Jahren haben sich in dem parteipolitischen Leben Deutschlands gewaltige Veränderungen vollzogen, von denen der hessische Landtag bisher unberührt geblieben ist. Dieser Umstand macht die hessischen Wahlen zu einem spannenden Ereignis, das in ganz Deutschland und über seine Grenzen hinaus mit größtem Interesse verfolgt wird.

treten waren. In der Reichstagswahl des verflochtenen Jahres haben sie dann rund 137 000 Stimmen erzielt. Die Sozialdemokraten waren bisher mit 157 239 Stimmen (sechste Reichstagswahl: 215 000) und 24 Mandaten die stärkste Partei. Am zweiten Stelle stand das Zentrum mit 85 448 Stimmen (104 000) und 13 Mandaten. Weiter waren in dem alten Landtag vertreten: der hessische Landtag mit 9, die Deutsche Volkspartei mit 7, die Demokraten mit 5, die Kommunisten mit 6, die Deutschnationalen mit 3 und die Volkrechtspartei gleichfalls mit 3 Mandaten. Schon aus diesen Mandatsverhältnissen, die aus dem Jahre 1927 stammen, geht hervor, daß Hessen ein sehr interessantes Versuchsfeld ist für die politische Entscheidung des kommenden Sonntags.

KPD-Volksbegehren in Sachsen zugelassen

Die kommunistische Partei hat mehr als 1000 Unterschriften von Stimmberechtigten für ihren Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens für die Auflösung des Landtags beigebracht. Damit hat sie die gesetzliche Voraussetzung für die Zulassung des Volksbegehrens erfüllt, so daß dem Antrag stattgegeben ist. Das Gesamtministerium hat deshalb in seiner heutigen Sitzung die Zulassung des Volksbegehrens beschlossen und die Eintragungsschrift auf die Zeit vom 2. bis 15. Dezember 1931 festgesetzt. Die näheren Vorschriften für die Durchführung des Volksbegehrens werden in der Staatszeitung veröffentlicht werden.

Laval fordert VZB.-Ausfluß

Erklärungen vor den Kammer-Kommissionen für Finanzen und Außenpolitik

Paris, 13. November. Ministerpräsident Laval hat gestern in einer gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses und des auswärtigen Ausschusses der Kammer Erklärungen über die Verhandlungen in der Frage der Reparationen und Kriegsschulden gegeben. Über die Sitzung wird folgende amtliche Verlautbarung veröffentlicht: Ministerpräsident Laval erwidert in Begleitung des Außenministers Briand, des Finanzministers Lalande und des Unterstaatssekretärs Cathala im Sitzungssaal. In seiner ersten außenpolitischen Rede sprach er sich eingehend über die Verhandlungen in Paris, London, Berlin und Washington aus und gab einen Überblick über die Gesamtentwicklung der Lage. Auf verschiedene Fragen erwiderte Laval, daß sich die französische Regierung in Bezug auf die Frage der Reparationen und Kriegsschulden ebenso wie Präsident Hoover alle Freiheit gewährt habe. Ebenso seien während der Washingtoner Verhandlungen die Rechte des französischen Parlamentes völlig unangetastet geblieben. Der Ministerpräsident unterstrich ferner besonders, daß in Washington Übereinstimmung darüber erzielt worden sei, daß angesichts der Lage in Europa und besonders in Deutschland die Initiative zur Einberufung des beratenden Ausschusses bei der VZB. ergriffen werden müsse.

Des Arbeitlosenproblem in Frankreich

Paris, 13. November. Die erste Sitzung der Kammer nach den Ferien war gestern der Erörterung der Arbeitslosenfrage gewidmet. Vor dem Parlament fand bei Beginn der Sitzung eine Demonstration der Arbeitslosen statt. Der Sozialist Blum erklärte, daß die Arbeitslosigkeit in Frankreich ständig zunehme, alle Industriellen außer der des Herrn Maginot (Küstungsindustrie) seien davon betroffen. Die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung sei notwendig. Von Blum beantragte die veröffentlichten Ziffern, da nach seiner Ansicht die Statistik nicht die wahre Lage wiedergabe. Was wäre aus England und Deutschland geworden, so fragte er, wenn diese Länder nicht die obligatorische Arbeitslosenunterstützung durchgeführt hätten? Mit den von der Regierung geplanten Notstandsarbeiten könne man nur für etwa 100 000 Personen auf ein Jahr Arbeit beschaffen. Ministerpräsident Laval widerlegte ihm die sofortigen Diskussion der Interpellationen über die Arbeitslosigkeit nicht; er widersprach jedoch der Behauptung, daß die Regierung nicht ihre Schuldigkeit getan habe. Laval hob hervor, daß er mit allem Nachdruck die Sozialversicherung für Alter und Krankheit verteidigt habe, aber von der Arbeitslosenversicherung wolle er nichts wissen.

Kampf dem Kommunismus!

Ein wertvolles Rüstzeug zur Abwehr der bolschewistischen Gefahr.

Der politische Radikalismus ist, wie die Wahlergebnisse der letzten Zeit immer wieder zeigen, im stetigen Wachsen begriffen. Die allgemeine Wirtschaftskrise, die bedrückte außenpolitische Lage, wie aber auch die innere Zerrissenheit des deutschen Volkes, leisten den extremen politischen Richtungen immer weiteren Vorwand. Die fortwährende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus hat vielleicht die öffentliche Aufmerksamkeit mehr als es gut war, von der stillen, aber zähen Winterarbeit der Kommunisten abgelenkt. Es ist dem Kommunismus gelungen, auch in Bezirke vorzudringen, die bislang als absolut gesichert gegen radikale Bewegungen galten. So wächst sich die kommunistische Bewegung zu einer immer bedrohlicheren Gefahr für Staat und Gesellschaft, Kirche und Familie aus.

Die verstärkte Aktivität des Kommunismus muß natürlich zur stärksten Gegenbewegung und Abwehr aufrufen. Dies ist um so notwendiger, als die kommunistische Partei im Verein mit der bolschewistischen Propaganda kein Mittel der wirtschaftspolitischen und geistig-weltanschaulichen Beeinflussung unversucht läßt. Um für den Abwehrkampf allen unseren Mitbürgern im Lande das unbedingt erforderliche geistige Rüstzeug zu bieten, hat das Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei im Rahmen des Mitteilungsblattes „Das Zentrum“ eine umfangreiche Sondernummer (200 Seiten) über „Marxismus, Kommunismus, Bolschewismus“ herausgegeben. Diese Sondernummer bringt neben einer Darstellung der geschichtlichen Entwicklung, vor allem über Entstehung und Aufbau der kommunistischen Parteiorganisationen in Deutschland und Sowjetrußland, einen systematischen Aufriß der ökonomischen und staatspolitischen Lehren des Marxismus und seiner Weiterbildung zum „Leninismus“ und „Stalinismus“. Der fünfjährige, die russische Käterverfassung, wie die Lage von Religion und Kirche, Familie und Erziehung in Sowjetrußland werden eingehend charakterisiert. Dabei werden jeweils die Parallelen zu der Arbeit und den Bestrebungen der deutschen Kommunisten gezogen. Die Schrift begnügt sich nicht mit einer genauen Darstellung der marxistischen Doktrin und des kommunistisch-bolschewistischen Gesellschaftsaufbaus, sondern sie bringt auch nach dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Diskussion und an Hand der letzten päpstlichen Enzykliken eine Widerlegung der marxistisch-kommunistischen Irrtümer und die positive Darstellung des christlichen Gesellschaftsideales.

Die Sondernummer wird wegen ihrer beziehungsreichen, aktuellen Einstellung weitesten Kreisen empfohlen, sich mit den marxistischen Grundanschauungen und der gegen sie vorgebrachten Argumente vertraut zu machen. Die Schrift bietet die Grundlage für eine erschöpfende Auseinandersetzung mit der kommunistischen Idee und Parteibewegung. Die technische Anmachung und eine ausführliche Inhaltsangabe mit Namensverzeichnis erleichtern eine rasche Heberlei. Jedem, der sich im öffentlichen Leben betätigt, sei die von der Zentrumspartei herausgegebene Schrift wärmstens empfohlen.

„Terror unzulässig“

Eine Erklärung des Zentralkomitees der KPD.

Berlin, 13. November. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei veröffentlicht in der roten Lohne eine längere Erklärung, die sich gegen das „Anrückweichen vor der Bourgeoisie und ihrer sozialen Hauptstütze, der Sozialdemokratie“ wendet. Ohne die kommunistische Lösung des organisierten proletarischen Massenbewusstseins einzuschätzen, erklärte das Zentralkomitee jede Verflechtung oder Duldung der terroristischen Ideologie und Praxis für vollkommen unzulässig. Das Zentralkomitee der Arbeiterklasse, das Interesse der proletarischen Revolution erfordere es, daß gegen jede Durchbrechung dieses Bewusstseins die stärksten Maßnahmen bis zum Ausschluß aus der Partei angewandt würden.

Das ist so ganz richtig! Jetzt erklären also auch die Kommunisten nach dem hinreichenden Vorbild der Nationalsozialisten, daß Terror von ihnen nicht mehr aus...

*) Erscheint monatlich. Bezugspreis 3 RM. jährlich (einschließlich Zustellung). Preis der Sondernummer 1 RM. Die Sondernummer erscheint auch als Broschüre in gutem Umfassung. Preis 1,50 RM. Zu beziehen durch das Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei, Berlin NW 23, Prudenzenstraße 24, oder durch das Sekretariat der Sächsischen Zentrumspartei, Dresden, Polierstraße 17.

Ein maßgebender dieser Ansicht seinen Bericht vorgelegt habe, werde es den Regierungen möglich sein, die Vorbedingungen und Einzelheiten der neuen Regelung ins Auge zu fassen, die für die Zeit der Krise notwendig erscheint. Die Notgebühren bringen noch einige Ergänzungen zu diesem Bericht: So habe nach dem Echo de Paris der Abg. Guernut (Unabhäng. Linke) Laval gefragt: „Als es sich um die Bewältigung einer 5-Milliarden-Anleihe zugunsten Deutschlands handelte, haben Sie, Herr Ministerpräsident, erklärt, Frankreich könne sich daran teilnehmen, aber nur vorbehaltlich politischer Bedingungen. Welches sind diese Bedingungen?“ Als Laval antwortete, daß diese Bedingungen eben jene seien, die von Reichkanzler Brüning ebenso feierlich wie negativ geantwortet worden seien, habe Laval genannt: Entspannung der Weisheit durch Vertiefung in den Anschlag und den Fünftager Kurrier, der keine Beendigung der Kundgebungen des Stahlhelms und der Nationalsozialisten.

Weiter habe Guernut gefragt, ob Laval Hoover aufgefordert habe, das Problem der Kriegsschulden und der Reparationsverhältnisse miteinander zu verbinden. Laval habe auf das leiserzitternde französisch-amerikanische Kommuniqué verwiesen und hinzugefügt, es sei verabredet worden.

Gerade weil England und Deutschland diese Verbesserung in einer bestimmten Art und Weise aufgebracht hätten, hätten diese Länder besonders unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Morgen werde im Journal Officiel ein Dekret erscheinen, durch das eine Unternehmung der Arbeitslosen eingeführt werde, und zwar werde der Staat die hierzu notwendigen Mittel zu 50 Prozent, die Gemeinden den Rest tragen.